

Podiumsdiskussion zum Thema „Schwerste Verbrechen gegen die Menschlichkeit‘ in Dafur/Sudan - und die Welt schaut zu?“, veranstaltet von der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN) und der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung der Evangelischen Kirche in Deutschland (GKKE) am 23. Februar 2005 in Berlin. (*Fabian Hemker*)

Zum zweiten Mal innerhalb eines halben Jahres hatten die Veranstalter Experten eingeladen, um über die humanitäre Krise in Dafur¹/Sudan zu diskutieren. Hatte die erste Podiumsdiskussion zum Thema Sudan-Konflikt im September des vergangenen Jahres noch unter dem Titel „Sudan auf dem Weg zu Frieden und Versöhnung? Hoffnung im Süden - Krieg in Dafur“ gestanden, so machten die Podiumsteilnehmer schnell klar, daß von Hoffnung und

Versöhnung in Dafur nicht die Rede sein kann. Obwohl der Konflikt im Süden des Landes durch das Friedensabkommen vom 9. Januar 2005 beigelegt werden konnte, und langfristig die Perspektive einer friedlichen Teilung des Landes durch ein Unabhängigkeitsreferendum besteht, gehen die Verbrechen gegen die afrikanische Bevölkerung in Dafur weiter, wenn auch mit geringerer Intensität.²

¹ Neben „Dafur“ ist auch die Schreibweise „Darfur“ gebräuchlich.

² Vgl. *Human Rights Watch*, Targeting the Fur: Mass Killings in Dafur, Human Rights Watch Briefing Paper vom 21. Januar 2005,

Unter den Diskussionsteilnehmern herrschte Einigkeit darüber, daß die Weltgemeinschaft, insbesondere der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen (VN) zehn Jahre nach dem Völkermord in Ruanda im Sudan bereits versagt habe, wie *Gerhart Baum*, der ehemalige Sonderberichterstatter der Menschenrechtskommission für die Menschenrechte im Sudan, feststellte.³ Seiner Meinung nach sei es ein Fehler gewesen, erst den Konflikt im sudanesischen Süden zu lösen, ohne den bereits seit Februar 2003 akuten Bürgerkrieg im westlichen Dafur in die Friedensverhandlungen mit einzubeziehen. Für die Menschen in der Region habe sich die Situation seit Monaten trotz intensiver Diskussionen der Weltgemeinschaft nicht verbessert. Einzig positive Leistung des Sicherheitsrates sei die Einsetzung der Untersuchungskommission gewesen, die am 25. Januar 2005 ihren Bericht in Genf vorlegte.⁴ *Baum* forderte, Sanktionen, beispielsweise ein Waffen- oder Ölembargo, nicht nur anzudrohen, sondern auch umzusetzen, ansonsten „werden wir in unseren Menschenrechtsüberzeugungen unglaublich“.

Auch wenn der Sonderberichterstatter des VN-Generalsekretärs für den Sudan, *Jan Pronk*, in seiner eingangs gemachten Analyse nicht auf das Instrument der Sanktionen als Druckmittel eingegangen war, hielt auch er auf Nachfrage Sanktionen für notwendig, „but not as a penalty but as measure to influence behavior.“ Daneben sei es unerlässlich, die Friedensgespräche zwischen Regierung und Rebellen vom Geschehen in Dafur zu entkoppeln. Solange die Parteien die Aufnahme von Verhandlungen von der Ruhe „on the ground“ abhängig machten, sei eine Konfliktlösung nicht möglich. Seiner Einschätzung nach

würde ein Friedensabkommen zehn Monate in Anspruch nehmen, wobei ein Treffen der Konfliktparteien schon Ende Februar möglich sei, nachdem sich die Beteiligten bereits auf ein solches Mitte Februar geeinigt hatten, aber nur unvollständig erschienen waren.

Kerstin Müller, Staatsministerin im Auswärtigen Amt, antwortete auf die Frage des Moderators *Benedict Johnson* von der „tagesszeitung“, wie die deutsche Bundesregierung zur Beendigung der Menschenrechtsverletzungen beitragen könne, daß der politische Druck aufrechterhalten werden müsse. Sanktionen seien aber zur Zeit auf europäischer Ebene nicht konsensfähig und sollten von den VN verhängt werden, statt lediglich von der EU. Die von *Baum* artikulierte Forderung nach einer Unterstützung der momentan in Dafur stationierten Truppen der Afrikanischen Union (AU) durch europäische Truppen sei, so die Staatsministerin, gegen den Willen der AU und der sudanesischen Regierung weder erstrebenswert noch möglich. Daß die derzeit 1.852 Mann starke Truppe der AU bisher nicht in der Lage gewesen sei, die Menschenrechtsverletzungen in Dafur zu unterbinden und deshalb Unterstützung benötige, war unter den Diskussionsteilnehmern unumstritten. Laut *Pronk* verhindere die „hypocrisy in european politics“ allerdings eine solche Verstärkung durch europäische Truppen: „No european country is willing to send troops to Sudan.“ Dabei seien Truppen in einer Mindeststärke von 8.000 Mann notwendig. Am 20. Oktober 2004 hatte die AU angekündigt, ihre Truppenstärke in Dafur auf 3.320 zu erhöhen.⁵ Aufgrund der fehlenden Effektivität der AU, die offenbar keine Sicherheit der Bevölkerung garantieren könne, sei es ein Fehler gewesen, die Aufgabe der AU zu übertragen, so *Baum*. Er gehe von einer Verschlechterung der Lage in den nächsten Monaten aus, da die Sicherheitslage nicht

zu finden unter www.hrw.org/doc/?t=africa (besucht am 25. Februar 2005).

³ Vgl. auch *Regina Bernhard/Hildegard Lingnau*, Die Vereinten Nationen und die Darfur-Krise, in: Vereinte Nationen 2004, S. 67-172.

⁴ Im Internet herunterzuladen unter www.ohchr.org/english/darfur.htm (besucht am 25. Februar 2005).

⁵ Vgl. *Friedens- und Sicherheitsrat der Afrikanischen Union*, Communiqué vom 20. Oktober 2004, www.africa-union.org/DARFUR/homedar.htm# (besucht am 25. Februar 2005).

mehr stabil sei. Auch *Lotte Leicht* von Human Rights Watch Brüssel (HRW) war der Meinung, die AU brauche mehr als nur finanzielle Unterstützung. Sie zog eine Parallele zum Jugoslawien-Konflikt, den die EU auch allein zu lösen versucht hatte, aber schließlich doch auf die Hilfe der USA angewiesen war.

Von ihren Reisen in den Sudan und ihren Gesprächen mit sudanesischen Regierungsvertretern habe *Müller* den Eindruck mitgenommen, daß der Vize-Präsident und ehemalige Rebellenführer im Südsudan, *John Garang*, bereit sei, den Friedensvertrag umzusetzen. Da die Ursachen des Konfliktes im Süden mit denen in Dafur vergleichbar seien, sah *Müller* die Chance, unter Regierungsbeteiligung *Garangs* auch den Konflikt in Dafur lösen zu können. Der ehemalige Bundesminister des Inneren, *Baum*, wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß er die geplante UN-Friedenstruppe für den Südsudan nicht für erforderlich halte. Statt dessen sollten die Soldaten in Dafur für die Sicherheit der Bevölkerung sorgen. Dem widersprach jedoch der ehemalige Generalsekretär der UNCTAD: *Pronk* zufolge sei eine VN-Friedenstruppe zur Wahrung des Abkommens im Süden unerlässlich, auch wenn der Waffenstillstand zwischen den Parteien derzeit halte.

Die Bundesregierung wurde von *Leicht* für ihren Einsatz zur Einsetzung der Untersuchungskommission ausdrücklich gelobt: „Germany achieved the International Commission of Inquiry on Dafur.“ *Leicht* wies jedoch auch darauf hin, daß die internationale Gemeinschaft seit zwei Jahren zu wenig getan habe, um die Vertreibungen, Vergewaltigungen und Massenhinrichtungen zu verhindern. *Pronk* teilte die scharfe Kritik an der Weltgemeinschaft jedoch nicht uneingeschränkt. Er wies wiederholt darauf hin, die VN hätten durchaus Druck auf die Regierung in Khartum ausgeübt. Kritik übte er vielmehr an der Uneinigkeit der EU. Diese habe kein langfristiges Konzept für den Sudan, die Mitgliedstaaten könnten sich nicht über die Verhängung von Sanktionen einigen und seien nicht

bereit, Truppen für einen Friedenseinsatz bereitzustellen. Dieser Einschätzung widersprach die Vertreterin der Bundesregierung, *Müller*, nicht, auch wenn sie betonte, daß die EU die Empfehlungen der VN-Untersuchungskommission unterstütze. Solange die Weltgemeinschaft sich nicht zu einem entschlosseneren Vorgehen durchringen könne, sei der politische Wille der Konfliktparteien für die Beendigung der Übergriffe auf die Zivilbevölkerung entscheidend.

Einstimmigkeit herrschte auf dem Podium über die wünschenswerte Befassung des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) mit Dafur. Dies erforderte einen Beschluß des VN-Sicherheitsrates, da der Sudan nicht Vertragspartei des IStGH-Statuts ist. Eine tatsächliche Untersuchung der auch von HRW dokumentierten Menschenrechtsverletzungen durch den IStGH sei aber zum jetzigen Zeitpunkt unwahrscheinlich, da innerhalb des Sicherheitsrates kein Konsens über eine Untersuchung der Menschenrechtsverletzungen im Sudan durch den IStGH herrsche. Beispielsweise bevorzugten die USA ein Ad-hoc-Tribunal, ähnlich dem in Arusha, so *Leicht*. HRW beschuldige bisher 51 Personen verschiedener Menschenrechtsverletzungen. Daneben hat die VN-Untersuchungskommission dem Generalsekretär der Vereinten Nationen eine Liste mit Verdachtsfällen übergeben.

Auf die nationalen Interessen der Staaten wies der Referent für Entwicklungspolitik der EKD, *Eberhard Hitzler*, hin. Die Krise in Dafur sei lange Zeit verdrängt worden – vor allem durch den Krieg im Irak im Jahre 2003. Zudem habe die Lösung des Konfliktes im Südsudan Vorrang gehabt. Der Bundesregierung warf *Hitzler* vor, die sudanesischen Regierung unterschätzt zu haben. Letztere habe immer wieder ein Vorgehen gegen die Milizen versprochen, und Deutschland habe darauf vertraut, obwohl Khartum die arabischen Reiter unterstützt habe. Daraufhin sagte *Pronk*, daß jedes Land außenpolitische Interessen verfolge, daß die Staaten aber endlich ihre „Soldaten dahin bringen sollen, wo ihr Mund schon

lange ist“. Nur dann könnten die fast zwei Millionen Flüchtlinge Ende dieses oder Anfang nächsten Jahres wieder in ihre Heimat zurückkehren.

Als das Podium den Zuhörern die Möglichkeit zu Fragen eröffnete, meldete sich auch der sudanesischer Botschafter in Deutschland, *Ahmed Gaafer Abdelkarim*, zu Wort. Seiner Meinung nach sei jeder Krieg mit Menschenrechtsverletzungen verbunden. Somit seien auch Übergriffe der sudanesischen Armee auf die Zivilbevölkerung beim Vorgehen gegen die Rebellen in Darfur nicht zu vermeiden. Dem Bestreben der Rebellen, den Krieg auszudehnen, müsse Einhalt geboten werden. Darüber hinaus würden nicht nur die sudanesischen Truppen, sondern auch die Rebellen der Verbrechen beschuldigt. Der Botschafter sprach sich auch für das Engagement der AU im Sudan aus, da diese als Regionalorganisation afrikanischer Staaten für die Lösung des Konflikts zuständig sei. Sollte die AU der Aufgabe nicht gewachsen sein, könnten andere Staaten ihr helfen. Schließlich warnte der Botschafter vor einem Fall der sudanesischen Regierung, sollte der Druck der internationalen Gemeinschaft zu groß werden. Dies könne nicht im Sinne der Völkergemeinschaft sein. *Leicht* erwiderte auf diese Darstellung, die Untersuchungskommission habe klar festgestellt, daß Regierungstruppen für einen Teil der Übergriffe verantwortlich sei. Die sudanesischer Regierung sei verpflichtet gewesen, ihre Bürger zu schützen, und hätte im Falle ihrer Unfähigkeit die internationale Gemeinschaft zu Hilfe rufen müssen. Das habe sie aber bisher nicht getan.

Die zweieinhalbstündige Debatte zeigte, daß sich alle Beteiligten über die Dramatik der Situation in Darfur bewußt sind – selbst der sudanesischer Botschafter versuchte nicht, die gewaltsamen Übergriffe auf die Bevölkerung in Darfur zu leugnen. Allerdings währt die humanitäre Krise mittlerweile schon zwei Jahre und ist von verschiedener Seite, zuletzt ausführlich von den VN, dokumentiert worden, ohne daß die VN effektive Maßnahmen zur Unterbindung der Gewalt getroffen hätten. Im

Vordergrund der Kritik stand somit die Völkergemeinschaft. Sonderberichterstatter *Pronk* mußte wiederholt darauf hinweisen, die bisherigen Maßnahmen der VN hätten durchaus ihre Wirkung gehabt, und ein entschlosseneres Handeln sei nur durch eine geeinigte Völkergemeinschaft, zumindest im Sicherheitsrat, möglich. Doch auch *Pronk* gab ein zu spätes Eingreifen der internationalen Gemeinschaft zu. *Müller* faßte schließlich das Dilemma zusammen: eine nach dem Völkerrecht rechtmäßige Intervention zum Schutz der Bevölkerung in Darfur sei solange vom Einverständnis der sudanesischer Regierung (und der bereits involvierten AU) abhängig, wie der Sicherheitsrat sich nicht über eine Feststellung der Gefährdung des Friedens im Sinne des Artikel 39 der VN-Charta einigen könne. Da eine solche Resolution aufgrund der angesprochenen vielfältigen nationalen Interessen von Mitgliedern des Sicherheitsrats (wie zum Beispiel China) nicht absehbar sei, bleibe lediglich die Möglichkeit, auf anderem Wege Druck auf die sudanesischer Regierung auszuüben. Ein Embargo von seiten der EU werde es aber in nächster Zeit auch nicht geben. Vielleicht bestätigt sich die Hoffnung *Müllers*, daß die Miteinbeziehung der südlichen Rebellen unter Vizepräsident *Garang* in die Regierung ein Ende des Schreckens in Darfur bringen wird.

Vor dem Hintergrund der Lähmung der VN muß der Einschätzung von *Baum* zugestimmt werden, daß die Weltgemeinschaft wieder einmal, wie in Ruanda, nicht willens ist, nationale Interessen zugunsten der Rettung von Leben hintanzustellen. Die nüchterne Schlußfolgerung aus der Podiumsdiskussion kann demnach nur lauten: ein Eingreifen der VN oder auch nur der EU ist selbst nach zwei Jahren Mord und Vertreibung nicht zu erwarten. Momentan ist es sogar unwahrscheinlich, daß der IstGH für Gerechtigkeit durch eine Verurteilung der für die Verbrechen Verantwortlichen sorgen wird. Zu danken bleibt den Veranstaltern, die Darfur nicht in Vergessenheit geraten lassen.